

Statistik. Die Zahl der Anzeigen geht zurück. Große Herausforderung für die Exekutive sind Cyber- und Schlepperkriminalität – sowie die Dichte an Demonstrationen. Zahlen, Daten und Fakten über Jahr zwei der Pandemie.

Verbrechen, Ehen, Babys: Wie Corona wirkt

VON BERNADETTE KRASSAY

Wien. Die Vermessung Österreichs ergibt, dass Strafanzeigen im Vorjahr zwar zurückgingen, aber Demonstrationen, Cyber- und Schlepperkriminalität die Polizei unter Hochdruck arbeiten lassen. Geheiratet wird wieder mehr, geschieden weniger. Das zweite Coronajahr brachte Österreich zwar ein Geburtenplus, aber mehr Todesfälle als Neugeborene.

Kriminalität

Viele bekommen immer häufiger betrügerische SMS, Briefe oder E-Mails. Dabei werden sie zum Beispiel über eine neue Nachricht in der Mobilbox oder ein Paket informiert, das angeblich zugestellt wird. Klickt man auf den angefügten Link, kann das böse enden.

Die Cyberkriminalität gehört damit zur größten Herausforderung der Polizei und „ist unglaublich im Steigen, und Globalisierung, Internationalisierung und Digitalisierung haben unsere Welt in den letzten beiden Jahrzehnten verändert“, sagte Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) am Dienstag bei einer Pressekonferenz zur Kriminalstatistik.

2021 entfielen insgesamt 46.179 Anzeigen auf die Internetkriminalität. Das ist eine neuerliche Steigerung um fast 30 Prozent. Der Großteil davon waren Betrugsdelikte. So wurden 2021 insgesamt 22.440 Anzeigen wegen Internetbetrugs erstattet – ein Fünftel mehr als 2020. Aus diesem Grund soll das Hauptaugenmerk auf die Internetkriminalität bei der angestrebten Kriminaldienstreform gelegt werden. Dabei soll das Cybercrimekompetenzcenter (C4) im Bundeskriminalamt zu einer Abteilung aufgewertet werden. Das Personal soll in den nächsten drei Jahren auf über 100 Bedienstete aufgestockt werden. „Cybercrime wurde in den letzten Jahren zu einem Hauptthema. Wir wissen, dass die fortschreitende Digitalisierung unser Leben, unsere Gesellschaft, aber vor allem auch die

Das Pandemiejahr 2021 in Österreich

Stand 1. Jänner 2022 (vorläufig)

Quelle: APA, Innenministerium - Grafik: „Die Presse“ - PW

Bevölkerung

Gesamt 8.932.664
+ 0,5 % Veränderung zu 2021

Land	Veränderung	Bevölkerung	Eheschließungen	Veränderung in Prozent	Gesamt	zu 2019	zu 2020
Wien	+0,6	1.920.949	7866	-20,6	40.195	-12,7	+3,1
NÖ	+0,5	1.690.879	7511	-10,1			+1,9
OÖ	+0,6	1.495.608	7206	-8,5			+1,1
Steiermark	+0,5	1.247.077	5648	-12,8			-1,9
Tirol	+0,5	760.105	3609	-10,2			+0,3
Kärnten	+0,4	562.089	2423	-10,4			-0,6
Salzburg	+0,4	560.710	2666	-12,3			+3,0
Vorarlberg	+0,6	399.237	2086	-9,0			+5,4
Burgenland	+0,5	296.010	1180	-13,4			+0,3

Kriminalität noch mehr verändern wird“, so der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit Franz Ruf. Die Täter würden außerdem ihre Betrugsmaschinen im Sekundentakt ändern.

Besonders gefordert wurde die Polizei im Vorjahr auch bei Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen. „Bei den Kundgebungen ist zu beobachten, dass die Zahl der Teilnehmer weniger wird, aber dafür die Übriggebliebenen aggressiver werden“, bemerkte der Generaldirektor. 2100 Versammlungen wurden 2021 angezeigt, die Polizisten leisteten dabei knapp 600.000 Einsatzstunden. Bei den Demonstrationen wurden 25.000 Verwaltungsanzeigen erstattet und 550 nach dem Strafrecht. 60 Polizisten wurden bei Kundgebungen verletzt.

Als dritten Schwerpunkt nannte Karner die Schlepperkriminalität. Diese habe sich mit 3570 Anzeigen im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. 400 Schlepper konnten festgenommen werden, heuer bereits 50. „Es muss unser Ziel sein,

ihnen die Geschäftsgrundlage zu entziehen und klare Maßnahmen zu setzen“, sagte Franz Ruf dazu. Die Rückführungskonferenz – nächste Woche angesetzt – sieht er als maßgebliches Signal an das Geschäft der Schlepper. Das Burgenland und Niederösterreich sind dabei besonders von der Schlepperei betroffen.

Bei den Tötungsdelikten gab es insgesamt weniger Opfer als 2020, damals waren es 50 gewesen. Im Vorjahr gab es laut Bundeskriminalamt insgesamt 40 Mordopfer, darunter 29 weibliche und elf männliche.

Geburten und Todesfälle

Die österreichische Bevölkerung ist auf 8,98 Millionen Menschen gestiegen. Das ist ein Plus von 0,53 Prozent gegenüber 2020. Die Statistik Austria rechnet mit dem Erreichen der Neunmillionenmarke noch heuer. Im Vorjahr wurden 85.607 Kinder geboren, also um 2,4 Prozent mehr als 2020. Dennoch gab es 4827 weniger Neuge-

borne als Gestorbene. In Wien, Tirol, Vorarlberg, Salzburg und Oberösterreich wurden mehr Geburten als Sterbefälle registriert, in Niederösterreich, der Steiermark, Kärnten und dem Burgenland hingegen weniger. Die vorläufige Zahl der Sterbefälle lag um 9,1 Prozent über dem Fünfjahresdurchschnitt vor Beginn der Pandemie.

Die Zahl der Sterbefälle wäre laut Experten wegen der Altersstruktur ohnedies etwas höher gewesen. So rechnete die Statistik Austria in ihrer Prognose mit 85.217 Sterbefällen. Diese Zahl wurde um 5217 Tote (6,1 Prozent) übertroffen.

Ehen und Scheidungen

Einander das Ja-Wort gegeben haben in Österreich im Vorjahr 40.195 Menschen. Das sind um 1,3 Prozent mehr als 2020.

Dennoch sind das noch deutlich weniger als im Vergleich zum Jahr vor der Pandemie, und zwar um 12,7 Prozent. Hingegen wurden 14.156 Ehen rechtskräftig ge-

schieden – das sind um 4,8 Prozent weniger als im Jahr davor. „Coronabedingte Einschränkungen haben auch im zweiten Pandemiejahr viele private Pläne durchkreuzt“, sagte Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas am Dienstag bei der Präsentation der vorläufigen Zahlen.

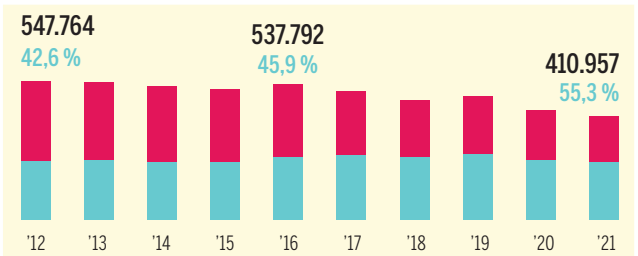
In insgesamt sieben Bundesländern wurde mehr geheiratet als im Jahr zuvor, wobei Vorarlberg den stärksten Anstieg zu verzeichnen hat, gefolgt von Wien.

Ausländeranteil

Mit Stand 1. Jänner 2022 leben gesamt 1,59 Millionen ausländische Staatsangehörige in Österreich – das sind 17,7 Prozent der Gesamtbevölkerung. Am höchsten ist der Anteil an Ausländern in Wien mit 32,2 Prozent, also gut einem Drittel. Einen 19-prozentigen Ausländeranteil verzeichnet in Folge Vorarlberg und ist damit auf Platz zwei. Am wenigsten ausländische Staatsangehörige leben aktuell im Burgenland.

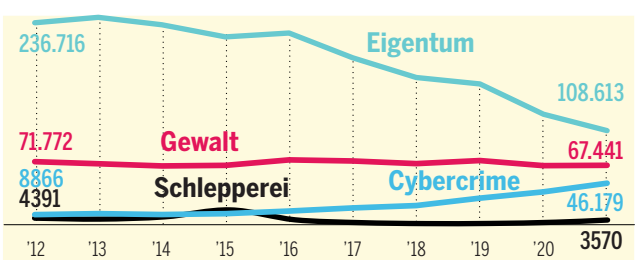
Kriminalität

■ Angezeigte Fälle ■ davon aufgeklärt



Kriminalität nach Delikten

Angezeigte Fälle, Auswahl



NACHRICHTEN

Überfälle auf Frauen: Verdächtiger gefasst

Die Polizei hat einen 29-jährigen Slowaken gefasst. Ihm wird vorgeworfen, Frauen in drei Bundesländern überfallen zu haben. Der Beschuldigte sitzt in der Justizanstalt Wien-Josefstadt in Haft. Ihm werden Taten in Schwechat, Wien Penzing und Parndorf im Jänner und Februar zur Last gelegt. Der Mann ist großteils geständig. Die Ermittler schließen nicht aus, dass es weitere Opfer gibt. Die Opfer wurden beraubt. Den Ermittlern zufolge kam es in einem Fall zur Androhung sexueller Gewalt.

KLEINE CHRONIK

Namenstag.

Adalbert, Juliana, Philippa.

Festtage/Jubiläen.

Der langjährige Österreich-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und Hochschullehrer Prof. Dr. Dr. h. c. Reinhard Olt feierte in Wien seinen 70. Geburtstag.

Keine Klagen gegen Klimaaktivisten

Stadtstraße. Die berühmten Anwaltsbriefe an die Baustellenbesetzer hätten nur der Information gedient, so die Stadt. Aufträge für Tunnelbau gingen an Strabag und Porr.

Wien. Jenen Aktivisten, die sich gegen den Bau der Stadtstraße in der Donaustadt engagiert haben, werden keine Klagen der Stadt Wien ins Haus flattern. Das hat eine Sprecherin von Verkehrsstadträtin Ulli Sima (SPÖ) versichert. Die Schreiben aus der Kanzlei des Ex-SPÖ-Justizsprechers Hannes Jarolim, der die Stadt in der Sache vertritt, hatten im Dezember für großes Aufsehen gesorgt.

In den Schreiben waren die vorwiegend jungen Umweltschützer darauf hingewiesen worden, dass Schadenersatzforderungen drohen könnten, sollten sie die besetzte Baustelle für die Stadtstraße nicht freigeben. Immerhin würden durch die Besetzung Kosten entstehen – da etwa auch die Baufirmen, die dort bereits aufgefahren seien, nicht tätig sein könnten, wurde argumentiert.

Dass auch Kinder und Jugendliche das Schreiben erhielten, sorgte besonders für Kritik, auch SPÖ-intern. Sima zog die Klagen gegen eine 13- und eine 14-Jährige wenig später zurück.

Mit Anwaltspost wurden aber auch zahlreiche weitere Aktivisten

sowie zwei Verkehrsexperten der Technischen Universität Wien, Barbara Laa und Ulrich Leth, bedacht. Sie gehören zu den Kritikern des Projekts, waren aber selbst nicht an der Besetzung beteiligt. Für Laa ist die Stadtstraße in ihrem derzeit geplanten Umfang „überdimensioniert“. Gemeinsam mit anderen Experten forderte sie erst kürzlich ein Umdenken der Stadt und den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel sowie „bessere Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger“.

Die von der Stadt gewünschte freiwillige Aufgabe des Camps fand nicht statt. Stattdessen vollzog Anfang Februar die Polizei die angedrohte Räumung, bei der 48 Klimaaktivisten festgenommen wurden. Von rechtlichen Schritten will man nun trotzdem absehen, wie der Leiter der Straßenbauabteilung, MA 28, Thomas Keller, beteuerte: „Die Stadt Wien hatte nie das Interesse, jemanden zu verklagen.“ Bei dem besagten Schreiben habe es sich lediglich um ein „Informationsschreiben“ gehandelt.

Wolfgang Rehm, Sprecher der Umweltschutzorganisation Virus,

kritisierte am Dienstag die „falschen Kausalbezüge“ in den Anwaltsbriefen: So seien wesentliche Arbeiten erst jetzt vergeben worden, somit sei es ohnehin unzulässig gewesen, „entstandene Bauverzögerungen den Aktivisten und nicht den das Projekt durchgehend begleitenden Planungsmängeln anzulasten“.

Bauaufträge vor Gespräch

Indes waren Klimaaktivisten der Stadt am Dienstag in einer Aussendung vor, mit ihnen nur „Scheingespräche“ geführt zu haben. Nun auf der Vergabeplattform der Stadt Wien veröffentlichte Bauaufträge zeigen, dass die Stadt bereits am 13. Jänner die Unternehmen Strabag und Porr für den Tunnelbau der Stadtstraße beauftragte. Das zehn Tage später stattfindende Gespräch von Sima mit den Aktivisten sei bloß ein „Mediengag“, die Stadträtin „nie an ernsthaften Gesprächen interessiert“ gewesen. Zudem wurden Verbindungen der SPÖ zu den Konzernen kritisiert: SPÖ-Gemeinderat Omar Al-Rawi ist angestellter Betriebsratsvorsitzender bei der Strabag. (twi/APA)

Afghane gesteht: Mann erstochen

Die Tat in Wien Favoriten erscheint aufgeklärt.

Wien. Ein 28-jähriger afghanischer Staatsbürger hat bei den Einvernahmen durch die Polizei gestanden: Er habe einen 23-Jährigen in der Nacht auf Montag erstochen.

Demnach dürfte es in einer Favoritner Wohnung zu einem Streit und dann zu einer Rauferei zwischen dem Tatverdächtigen und dem Opfer gekommen sein. Im Zuge der Auseinandersetzung attackierte der 28-Jährige seinen Kontrahenten mit einem Messer und verletzte ihn tödlich.

Nach seinem Geständnis wird der Verdächtige nun in eine Justizanstalt überstellt. Wieso der Mann nach der Bluttat die Wohnung nicht verlassen hat, war für die Polizei am Dienstag ebenso wenig klar wie der Grund für den Streit.

Die Rettung war ursprünglich wegen eines Falls von Körperverletzung alarmiert worden. Weil Fremdverschulden anzunehmen war, verständigten die Einsatzkräfte die Polizei. (APA)